

KOMMENTAR Tobias Blasius zur 15-Kilometer-Regel

Bürokratischer Unsinn



Zu Oppositionszeiten zitierte NRW-Ministerpräsident Laschet gern den Staatstheoretiker Montesquieu: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“

Nun hat seine Landesregierung über Nacht eine „Corona-Regionalverordnung“ in Kraft gesetzt, die selbst in den eigenen Reihen für nicht kontrollierbar, rechtlich zweifelhaft, übergreifend und lebensfremd gehalten wird.

Einwohner einiger, aber nicht aller Städte und Kreise mit hohen Infektionszahlen sollen ihren Heimatort nicht mehr weiter als 15 Kilometer verlassen dürfen - so lange sie

keinen triftigen Grund nachweisen oder vorgaukeln können.

In der Pandemie-Bekämpfung mögen auch Symbole und bundesweite Einheitlichkeit ihre Berechtigung haben. Sie dürfen aber nie zum Selbstzweck werden, nur weil Laschet wohl sein für höhere Ambitionen schädliches Image des „Corona-Lockerers“ loswerden will. Wer Betretungsverbote für Skihügel in Sauerland und Eifel will, muss sich dafür das richtige rechtliche Instrument suchen. Eine generelle Einschränkung des Bewegungsradius über Stadtgrenzen hinweg ist in einer Metropol-Region wie Nordrhein-Westfalen schlicht Unsinn. Das hätte man im Kanzleramt auch so sagen sollen.

Umstrittenes Blattlaus-Gift kehrt auf NRW-Felder zurück

Umweltschützer kritisieren Behörden-Beschluss

An Rhein und Ruhr. Das hochwirksame Insektengift Thiamethoxam kehrt per Sondergenehmigung auf Felder in NRW zurück. Die Behörden haben grünes Licht dafür gegeben, dass der von der EU bereits 2018 verbotene Wirkstoff im Zuckerrübenanbau auf rund 40.000 Hektar zur Bekämpfung von Blattläusen eingesetzt wird.

Umweltschützer laufen Sturm. „Das konterkariert alle Bestrebungen zum Schutz von Insekten und der biologischen Vielfalt“, schimpfte Holger Sticht, Landesvorsitzender des Umweltverbandes BUND. Thiamethoxam zählt zu den Neonikotinoiden - synthetische Nervengifte, die von Insekten über Blattläuse aufgenommen werden. Sie gelten laut Studien

als verheerend insbesondere für Wildbienen, von denen viele Arten bedroht sind.

Bernhard Conzen, der Präsident der Rübenbauer, verteidigt den geplanten Einsatz von Thiamethoxam. „Ich verstehe den Aufschrei nicht“, sagte Conzen auf Nachfrage der Redaktion. Um die Vergilbungskrankheit zu bekämpfen, habe man zuvor umfangreich herkömmliche Insektizide einsetzen müssen.

Sven Giegold, der Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament, nannte die Notzulassung des Neonikotins „eine bittere Absage an den Artenschutz“. Er forderte eine „Pestizidwende für NRW und Deutschland“. *dum*

Mehr Cum-Ex-Ermittler

NRW verschärft Kampf gegen Steuervergehen

Düsseldorf. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) hat für die milliarden-schweren Cum-Ex-Ermittlungen zusätzliche 40 Beamte der Kriminalpolizei bereitgestellt. Das hat das NRW-Innenministerium am Dienstag auf Anfrage mitgeteilt.

Die zusätzlichen Polizisten sollen die Ermittlungen der Cum-Ex-Schwerpunktabteilung unterstützen, die bei der Kölner Staatsanwaltschaft eingerichtet wurde. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ hatte zuvor darüber berichtet.

Immer wieder hatte es in der Vergangenheit heftige Kritik an der angeblich zu geringen Perso-

nalausstattung für die Ermittlungen gegeben, die nach Angaben der Zeitung inzwischen 79 Verfahren umfassen und sich gegen fast 1000 Beschuldigte richten.

Bei den sogenannten „Cum-Ex“-Geschäften inszenierten Aktienhändler gegenüber dem Fiskus ein Verwirrspiel mit Aktien mit („cum“) und ohne („ex“) Dividendenansprüchen - dadurch erstattete der deutsche Staat Kapitalertragssteuern gleich mehrfach, obwohl diese gar nicht gezahlt worden waren. Dem deutschen Staat entstand nach Schätzungen von Fachleuten auf diese Weise ein zweistelliger Milliarden-schaden. *dpa*



Impfluencer, bayrischer

KARIKATUR: NEL

Rechtliche Zweifel an der 15-Kilometer-Regel

Viele Streitthemen kamen bei der Sondersitzung des Landtags auf den Tisch. Opposition empört über Sanofi-Berater

Von Tobias Blasius und Christopher Onkelbach

Düsseldorf. Eine Sondersitzung des Landtags zum verlängerten und verschärften Corona-Lockdown bis mindestens 31. Januar bot am Dienstag erneut Gelegenheit zum politischen Generalstreit. Außerdem werden rechtliche Zweifel laut. Vor allem drei Themenbereiche stehen aktuell im Brennpunkt der Kritik:

15-Kilometer-Regel:

Die umstrittene Bewegungsbeschränkung, die NRW überraschend in einigen Corona-Hotspots eingeführt hat, wirft auch rechtliche Fragen auf. Der Bochumer Grundrechtsexperte Prof. Stefan Huster zweifelt an der Rechtmäßigkeit der Regionalverordnung des Landes, die die Bewegungsfreiheit der Menschen auf einen 15-Kilometer-Radius begrenzt. Die Regelung sei zu pauschal und außerdem kaum zu kontrollieren, so der Professor für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht und Rechtsphilosophie an der Ruhr-Uni Bochum. Dies schränke den Sinn der Vorgabe ein und mindere ihre Akzeptanz.

Zudem müsse sie für alle Landkreise und kreisfreien Städte mit einem hohen Inzidenzwert gleichermaßen gelten. „Ausnahmen darf es nur aus guten Gründen wie einer niedrigen Infektionszahl geben“, sagte Huster unserer Redaktion. Bürger könnten gegen einen verhängten Bußgeldbescheid klagen, so der Rechtsexperte. „Wenn die Regelung zu eng ausgelegt wurde, wäre es denkbar, dass ein Gericht die Verordnung als unverhältnismäßig ansieht.“ Grundsätzlich werde ein Gesetz, das im Grundsatz einen reinen Appell-Charakter habe, weil es kaum zu kontrollieren sei, ungläubwürdig.

Sanofi-Affäre:

Die Opposition im Landtag hat empört darauf reagiert, dass sich Laschets Staatskanzlei einen Impf-Berater für den Krisenstab der Landesregierung ausgerechnet beim französischen Pharmakonzern Sanofi ausgeliehen hat. Unsere Redaktion hatte am Dienstag öffentlich gemacht, dass



Die Bewegungsbeschränkung, die NRW in einigen Corona-Hotspots verhängt hat, weckt rechtliche Bedenken.

FOTO: RALF RÖTTMANN / FFS

seit Jahresbeginn der Chef-Lobbyist von Sanofi Deutschland in der Machtzentrale des NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) arbeitet.

SPD-Oppositionsführer Thomas Kutschaty sprach von einer „töricht“ Personalentscheidung und forderte die unverzügliche Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer forderte umgehend einen Bericht für die nächste Sitzung des Hauptausschusses im Landtag ein: „Den Cheflobbyisten eines Impfstoffherstellers ins Herz der politischen Steuerung des Landes NRW zu lassen, irritiert mich sehr. Mit dieser Personalie verspielt Armin Laschet Vertrauen in Regierungshandeln“, sagte Schäffer. In der Landtagssondersitzung äußerte die Grüne sogar die Sorge, eine solche Personalentscheidung könne „Verschwörungsmethoden“ von Impfgegnern weiter befeuern.

Zuvor hatte bereits die Organisation „LobbyControl“ davor gewarnt, Lobbyisten bis zu den Schaltstellen des Regierungssapparats vorzulassen: „Durch Inte-

ressenkonflikte und privilegierte Zugänge entstehende Probleme überwiegen dabei in der Regel den vermeintlichen Zugewinn an Fachwissen.“

„Mit dieser Personalie verspielt Armin Laschet Vertrauen in Regierungshandeln.“

Thomas Kutschaty, SPD-Oppositionsführer

In der Debatte über den schleppenden Start der Corona-Impfungen in Europa war die EU-Kommission in die Kritik geraten, weil sie großzügig bei Sanofi Impfstoff bestellt hatte. Die Franzosen können ihr Vakzin aber voraussichtlich erst im Herbst auf den Markt bringen. Das weltweite Rennen haben die kleinen Biotech-Firmen Biontech (Mainz) und Moderna (USA) gewonnen.

Schule:

Der Start des Distanzunterrichts für 2,5 Millionen Schüler in NRW steht seit Montag mancher-

„Hotel Mama“ steht weiter hoch im Kurs

Düsseldorf. „Hotel Mama“ steht bei den 18-Jährigen in NRW hoch im Kurs: 93 Prozent von ihnen wohnten 2019 noch daheim bei den Eltern, so das Statistische Landesamt am Dienstag. Bis zum 25. Lebensjahr leeren sich die meisten Kinderzimmer: In diesem Alter wohnen nur noch jeder dritte Sohn und jede fünfte Tochter daheim.

Traditionell sind Männer eher „Nesthocker“ im Vergleich zu den Frauen. Der Unterschied wird aber kleiner: Seit 2015 ist der Anteil junger Männer, die im elterlichen Haushalt leben, von 64,9 Prozent auf 63,5 Prozent zurückgegangen. Bei jungen Frauen erhöhte er sich leicht von 52,7 auf 52,8 Prozent. *dpa*

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke

Chefredakteur: Andreas Tyrock. Stellvertreter: Dr. Anne Krum, Dr. Alexander Marinos.

Desk/Politik: Lutz Heuken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk). Chef vom Dienst Lokales: Heinz-Dieter Schäfer. Wirtschaft: Stefan Schulte. Rhein-Ruhr: Frank Preuß. Sport: Peter Müller. Kultur: Jens Dirksen. Wochenende: Marc Oliver Häng. Düsseldorf: Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. Redaktion/Reporter: Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlschlag, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Onkelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßing, Ulf Meinke (Wirtschaft), Lars Ludwig von der Gonna, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Maren Schürmann (Wochenende). Produktion: FUNKE Redaktions Services; Oliver Muthaupt (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst). Technik: Andreas Mangel.

Mediacampus WAZ: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin. Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der FUNKE Zentralredaktion Berlin: Jörg Quos (Chefredakteur), Jochen Gaugle (Stellv.). Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmetreich (Stellv.).

Anschrift der Redaktion: Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de; E-Mail: zentralredaktion@waz.de.

Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbelangen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 46, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Belangen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.

Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Tageszeitung. Anzeigen: FUNKE Media Sales NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; E-Mail: vermarktung@funkemedien.de.

Vertrieb: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen. Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710*, Fax 0800 6060750* (*kostenlose Servicenummer). E-Mail: leserservice@waz.de.

Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE

Verlag: ZEITUNGSVERLAG NIEDERRHEIN GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841. Briefanschrift: 45123 Essen.

Geschäftsführer: Christoph Rütth, Andreas Schoo, Michael Wüller

Druck: Druckzentrum Hagen GmbH, Hohensyburgstr. 67, 58099 Hagen

Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet